

Diana Aeth
Barbara Holland-Cunz (Hrsg.)

Grenzen der Bevölkerungspolitik

Strategien und Diskurse demographischer Steuerung

Verlag Barbara Budrich



Grenzen der Bevölkerungspolitik

Diana Auth
Barbara Holland-Cunz (Hrsg.)

Grenzen der Bevölkerungspolitik

Strategien und Diskurse
demographischer Steuerung

Verlag Barbara Budrich
Opladen & Farmington Hills 2007

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Alle Rechte vorbehalten.

© 2007 Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills
www.budrich-verlag.de

ISBN 978-3-86649-047-5

eISBN 978-3-8474-1459-9

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: disegno visuelle kommunikation, Wuppertal – www.disenjo.de
Satz: Beate Glaubitz Redaktion + Satz, Leverkusen
Druck: DruckPartner Rübelmann, Hemsbach
Printed in Germany

Inhalt

Einleitung: Grenzen der Bevölkerungspolitik.....	7
--	---

Diskurse demographischer Steuerung

<i>Ursula Ferdinand</i> Geburtenrückgangstheorien „um 1930“ in Deutschland.....	19
--	----

<i>Barbara Willenbacher</i> Nationalsozialistische Bevölkerungspolitiken	37
---	----

<i>Barbara Holland-Cunz</i> Alarmismus. Die Struktur der öffentlichen Debatte über den demographischen Wandel in Deutschland	63
--	----

<i>Diana Auth</i> Pronatalistischer Aktionismus: von der bevölkerungspolitischen Instrumentalisierung und Ökonomisierung der Familienpolitik in Deutschland	81
--	----

<i>Bettina Rainer</i> Die „Bevölkerungsexplosion“: Bevölkerungswachstum als globale Katastrophe	103
---	-----

Strategien demographischer Steuerung

<i>Juliane Roloff</i> Familienpolitik und Geburtenentwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Situation in der ehemaligen DDR	127
---	-----

Jutta Träger

Neue Wege familialer Arbeitsteilung – Neuorientierung in der Familienpolitik? 145

Corinna Onnen-Isemann

Deutsche Perspektive: Kinderlosigkeit – französische Perspektive: Elternschaft? 165

Diana Hummel

Bevölkerungsentwicklung und gesellschaftliche Naturverhältnisse – Eine sozial-ökologische Perspektive 181

Zu den Autorinnen 195

Einleitung

Grenzen der Bevölkerungspolitik

Eigentlich müssen sich feministische AktivistInnen und WissenschaftlerInnen zurzeit täglich an den Nachrichten erfreuen. Wortreich wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen beschworen, die Bedürfnisse der neuen Väter nach Möglichkeiten der Kinderbetreuung betont, neue familienpolitische Maßnahmen diskutiert, die Modernisierung des Frauen- und Familienbildes angemahnt. Ursula von der Leyen, Familienministerin der Großen Koalition, ist regelmäßiger und gern interviewter Gast in allen abendlichen Nachrichtensendungen, in denen die berufstätige siebenfache Mutter ihre frischen Vorstellungen einer frauen- und kinderfreundlichen Republik propagiert. Selbst die Väter stehen im Fokus ministerieller Aufmerksamkeit. Zwei Monate des Lebens werden ihnen in Zukunft als bezahlte Familienphase geschenkt. Die anfängliche Empörung über diesen Eingriff des Staates in die private Lebensführung „seiner“ BürgerInnen hat sich inzwischen gelegt. Die zahlreichen Fernsehbilder von Kinderwagen schiebenden Vätern haben die Öffentlichkeit offenkundig mit dem umstrittenen Vorschlag der Vätermonate versöhnt und die Nation in eine positive Stimmung versetzt – Deutschland in einem überraschenden Aufbruch für Frauen, Kinder, Väter, Familien.

Manch eine reibt sich da verwundert die Augen. Dreieinhalb Jahrzehnte haben Frauen in der Neuen Frauenbewegung nicht sehr erfolgreich auf die einschlägigen Problemlagen verwiesen und niemand schien so recht zuhören zu wollen. Die politische Debatte setzte deutlich andere Akzente. Familien bestanden aus einem verheirateten Paar – dem Alleinverdiener und seiner Ehefrau – mit Kindern, Kinderbetreuung wurde bestenfalls als Frauenproblem diskutiert, Vereinbarkeit durfte nicht vor dem dritten Lebensjahr des Nachwuchses eingeklagt werden, Gleichstellung meinte selten die gleichen Pflichten von Frauen und Männern in der Haus- und Erziehungsarbeit. Staatliche Frauenpolitik spaltete sich in eine berufsbezogene Gleichstellungs- und eine konservative Familienpolitik, wobei erstere eher zu den politischen Marginalien gezählt werden musste. Die wirklich wichtigen Fragen wurden woanders verhandelt, die wirklich wichtigen AkteurInnen befassten sich mit

den so genannten harten Politikfeldern. Noch für den im vergangenen Jahr abgewählten sozialdemokratischen Bundeskanzler war Frauenpolitik zu Beginn seiner Amtszeit in einem berühmt-berüchtigten Ausspruch „Gedöns“. Das ist noch nicht allzu lange her. Die durch den feministischen Aufbruch seit Ende der 1960er Jahre stark veränderten Bedürfnisse und Lebensplanungen von Frauen erschienen eher als emanzipatorische Marotte einer fehlgeleiteten Generation denn als ernstzunehmende Freiheits-Wünsche von zunehmend mehr Frauen jeden Alters. Dass all dies nun plötzlich im Mittelpunkt des politischen Interesses steht, muss eigentlich erfreuen.

Noch in einem anderen Sinne mag sich die eine oder der andere heute verwundert die Augen reiben. In Zeiten, in denen unter dem allgegenwärtigen Stichwort der Globalisierung die angeblich beträchtlichen Steuerungsverluste des klassischen Nationalstaats – insbesondere in seiner modernen Gestalt als Sozialstaat – immer wieder ausdrücklich betont werden, setzt genau dieser Staat dazu an, mit einem nicht unbeträchtlichen finanziellen und rhetorischen Aufwand seine Steuerungsfähigkeit unter Beweis stellen zu wollen. Männer, Frauen und Kinder sollen mit staatlicher Hilfe in die Lage versetzt werden, ihren privaten Träumen eines Lebens in Familie und Beruf nachkommen zu können. Die Debatte um die akuten Steuerungsverluste und die Debatte um die neuen Steuerungskünste stehen unverbunden nebeneinander und scheinen nicht miteinander in Konflikt zu geraten: so unregulierbar die Ökonomie, so regulierbar die Fertilität. So wenig phantasievoll die öffentlichen Debatten – jenseits der feministischen Bewegung – seit den 1970er Jahren verliefen, so viel gesellschaftspolitische Phantasie scheint gegenwärtig möglich zu sein.

Statistiken haben diese erstaunlichen, möglicherweise weit reichenden Veränderungen bewirkt. Selbst wenn unterdessen deutlich geworden ist, dass die zunächst überall kursierende Zahl von den fast zur Hälfte dauerhaft kinderlos bleibenden Akademikerinnen eine übertriebene Rechnung war, so scheinen die aktuellen bevölkerungspolitischen Daten immer noch alarmierend genug, um das Land in eine besorgte öffentliche Dauerdebatte über die „alternde“, die „kinderfeindliche“, die „familienfeindliche“, gar die „aussterbende“ Gesellschaft zu stürzen. Dass diese Debatte einen unverkennbar nationalistischen Unterton aufweist, ist augenfällig, denn die deutsche Geburtenrate (ver)steht (sich) in einem internationalen Wettbewerb einerseits, unterscheidet andererseits nach innen gleichsam nach der Güte und Ausbildung der Gebärenden. Nicht alle werden so ausdrücklich wie die Akademikerinnen aufgefordert, ihr reproduktives Verhalten zu überdenken und einschlägige Verhaltensänderungen vorzunehmen. Zwar wird öffentlich durchaus Anteil an den Nöten von Frauen genommen, die nicht ausreichend gebildete potenzielle Väter vorfinden, doch die Last der Verantwortung bleibt im Wesentlichen den Frauen im gebärfähigen Alter überlassen. Ihre privaten Träume haben sich mit den nationalen Interessen, die zu einem nicht geringen Teil ökonomische Interessen der Finanzierbarkeit der Sozialsysteme und der Aufrechterhaltung des Erwerbspersonenpotenzials sind, zu verbinden. Polemisch

ließe sich die aufgeregte derzeitige Debatte ohne viel Übertreibung so zuspitzen: Einmal mehr braucht das Vaterland seine Frauen und Mütter.

Insofern muss die auf den ersten Blick nahe liegende Freude feministischer AktivistInnen und WissenschaftlerInnen an der aktuellen Debatte bei genauem Hinsehen doch recht verhalten ausfallen. Die frauenbezogenen Argumente des Neuen Feminismus sind mit den derzeit ins Feld geführten frauenfreundlichen Argumentationen nicht unmittelbar vergleichbar. Während es der Frauenbewegung um die Freiheit auf alle Wahloptionen ging, geht es gegenwärtig vor allem um die Freiheit, die inzwischen selbstverständlich gewordene Berufstätigkeit wieder an die alten familialen Pflichten zurückzubinden. In das in den vergangenen Jahrzehnten etablierte widersprüchliche Anforderungsprofil zwischen Mutterschaft und Berufstätigkeit, ein Muster, das Frauen die bittere Wahlfreiheit zwischen „Karrierefrau“, „Hausmütterchen“ oder „Rabennutter“ lässt, hat sich ein neuer politischer Imperativ eingeschlichen: die Verpflichtung zur Gesellschaft-erhaltenden Geburtenrate. Obgleich sich die deutsche Gesellschaft seit dem Ende der 1960er Jahre strukturell kaum verändert hat – Patriarchalismus, Sexismus und Androzentrismus sind nur subtiler geworden – werden Frauen schon wieder neu auf Pflichten verwiesen. Dass diese in einem so hohen Maße gleichsam boykottiert werden, ist tatsächlich die Folge mangelnder struktureller Veränderungen. Nicht die Emanzipation, sondern die Verhinderung der Emanzipation hält die Geburtenrate niedrig.

Dass nun ausgerechnet die aktuellen bevölkerungspolitischen Hochrechnungen strukturelle Veränderungen des Geschlechterverhältnisses bewirken könnten, ist bemerkenswert und folgerichtig, aber keineswegs gewiss. Demographie scheint Dringlichkeit zu produzieren. Die Freiheits-Wünsche von Frauen waren bislang nie ein Argument für notwendige antipatriarchale Veränderungen; existenzielle staatliche Finanznöte und dramatisierte Sorgen um das Überleben der Nation sind offensichtlich triftigere Argumente. Plötzlich kommt Bewegung in ein thematisches Feld, das so lange unbeweglich schien. Vielleicht ist gerade die unterstellte Dringlichkeit von Veränderungen ja auch der wesentliche Grund für den akuten Glauben an bevölkerungspolitische Steuerbarkeit. DiskutantInnen in Politik und Medien unterstellen erstaunlich einhellig, dass staatliche Fördermaßnahmen, (privat-)wirtschaftliche Unterstützungen und/oder Veränderungen der gesellschaftlichen Kultur („Familienfreundlichkeit“, Akzeptanz von Ganztagschulen, Anerkennung der Vereinbarkeitsproblematik) Frauen davon überzeugen können, (mehr) Kinder zu gebären. Die bevölkerungspolitische Kollektiv-Vorstellung geht recht naiv davon aus, dass die Geburtenrate mit einigen geänderten Rahmenbedingungen erfolgreich gesteigert werden kann. Die richtigen Maßnahmen, über die zwischen den Parteien milde gestritten werden darf, können das reproduktive Verhalten mittelfristig ändern, so viel wird suggeriert: Ein wenig Emanzipation wird es schon richten.

Skepsis scheint uns da angebracht. Zahlreiche Fragen ließen sich an diese *Steuerungsgläubigkeit* stellen. Lassen sich Frauen von staatlichen, (privat-)

wirtschaftlichen und kulturellen Faktoren zum Gebären „anleiten“? Kann die niedrige Geburtenrate durch politische Strategien und Diskurse wirksam gesteigert werden? Ist Bevölkerungspolitik, sei sie pro- oder antinatalistisch, mit Sanktionen oder mit positiven Anreizen versehen, eine Politik, die erfolgreich zu steuern vermag? Übersetzen sich bevölkerungspolitische Regulierungsversuche, gleich welcher Provenienz, unmittelbar in individuelle Lebensentscheidungen? Folgen Frauen bereitwillig den biopolitischen Vorgaben, wenn in ihrer Gemeinde oder ihrem Stadtteil eine Schule zur Ganztagschule ausgebaut wird? Die politische Unterstellung lautet heute: Gesellschaftliche Reproduktion lässt sich steuern; Frauen lassen sich zu Müttern machen.

Doch die *Grenzen von Bevölkerungspolitik* sind offenkundig. Frauen haben in den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten eine gewisse Eigensinnigkeit entwickelt und lassen sich nicht mehr so leicht mit Schein-Veränderungen abspesen, schon gar nicht simplen Regulierungen, die die hart errungenen Wahloptionen wieder beschränken könnten. *Bevölkerungspolitik hat da ihre Grenzen, wo sie aus dem Emanzipationsprozess nichts gelernt haben will*: wo sie Frauen als Objekte statt als Subjekte des Politischen begreift, wo nur an die Oberfläche, nicht an die gesellschaftlichen Tiefenstrukturen gerührt wird, wo die Freiheits-Wünsche von Frauen instrumentell statt strukturell bearbeitet werden. In welche dieser beiden Zukünfte die aktuelle Diskussion führen wird, ist noch nicht ausgemacht. Die demographische Frage bietet eine reale Chance auf nachgeholte Emanzipation, aber auch auf einen backlash, wie wir ihn uns gar nicht ausmalen wollen. Die akute Steuerungsgläubigkeit ist ein beunruhigendes Indiz für den Fortgang der Debatte/Entwicklung, denn Steuerungsgläubigkeit verweist eher auf die Seite des Objektstatus, der Oberfläche, der Instrumentalisierung. Als Wissenschaftlerinnen und Feministinnen liegt uns deshalb sehr viel daran, die Grenzen bevölkerungspolitischer Steuerung, diskursiver und strategischer Regulierbarkeit, aufzuzeigen.

Die folgenden Beiträge setzen ein unterschiedlich deutliches Fragezeichen hinter demographische Steuerungsgläubigkeiten. Die vergleichende Betrachtung höchst differenter bevölkerungspolitischer Regime in Geschichte und europäischer Gegenwart soll die aktuelle Diskussion hierzulande und die möglichen Regulierungsoptionen näher beleuchten und präziser einschätzen helfen.

Im ersten inhaltlichen Block, den wir mit „Diskurse demographischer Steuerung“ überschrieben haben, eröffnet *Ursula Ferdinand* mit einer Analyse der demographischen Debatten in den 1920er Jahren das Untersuchungsfeld. Um 1930 gab es schon einmal eine Diskussion, die mit unserer heutigen nicht wenige Ähnlichkeiten aufweist: Dramatische Bilder vom Untergang des Abendlandes machten bereits damals die Runde. Ferdinand systematisiert die zentralen Erklärungsmuster prominenter Bevölkerungswissenschaftler jener Zeit. Julius Wolf, Roderich von Ungern-Sternberg, Horst Wagenführ und Karl Freudenberg fokussieren und ordnen Argumente und Konzepte zur Er-

klärung des Geburtenrückgangs in jeweils unterschiedlicher, immer aber in äußerst komplexer Weise. Aus der damaligen Debatte lässt sich für heute lernen, dass nur ein Bündel von Ursachen und Erklärungsmustern ein nicht-reduktionistisches Bild liefern kann, das wiederum zu nicht-reduktionistischen Politiken führen könnte/sollte.

Besonders interessant für die Frage der Steuerungsmöglichkeiten ist die Zeit des Nationalsozialismus. *Barbara Willenbacher* untersucht die pro- und antinatalistischen NS-Bevölkerungspolitiken und beschreibt zahlreiche Maßnahmen, insbesondere die pronatalistischen monetären Unterstützungsleistungen. Willenbacher kommt zu dem Schluss, dass u.a. Ehestandsdarlehen und Kinderbeihilfen den langfristigen Trend sinkender Kinderzahlen pro Ehe nicht haben aufhalten können. Die nach 1933/1934 steigenden Geburtenraten gehen zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf die Realisierung bis dahin aufgeschobener Kinderwünsche und die Senkung des Heiratsalters mit der Geburt erster Kinder zurück. Zwei Kinder pro Ehe wurden in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zunehmend zum demographischen Normalfall – eine Modernisierung. Dass das unsystematische, gleichwohl umfangreiche Instrumentarium pronatalistischer NS-Bevölkerungspolitik seine Ziele letztlich nicht verwirklichen konnte, ist für alle Steuerungsgläubigkeiten von eminenter Bedeutung.

Der Beitrag von *Barbara Holland-Cunz* führt in die Gegenwart. Holland-Cunz beschreibt die wichtigsten Motive der aktuellen Debatte zum so genannten demographischen Wandel mit all ihren dauerpräsenten dramatisierenden, alarmistischen Bildern. Im Vergleich mit einer anderen, ebenfalls heute dominanten Wandel-Debatte, der Debatte zum klimatischen Wandel, werden die einschlägigen Motive, Absichten, Reaktionen und Folgen in der politischen Öffentlichkeit rekonstruiert. Beide Wandel-Debatten weisen ähnliche diskursive Merkwürdigkeiten auf, die die Vermutung nahe legen, dass in beiden Debatten nicht die seriöse Information über einen politisch zu bearbeitenden Sachverhalt im Vordergrund steht, sondern diffuse andere Ziele verfolgt werden. In der alarmistischen Debattenstruktur zur Demographie lassen sich u.a. repressive Anteile gegen unangepasste Frauen und ungewollte nicht-deutsche Kinder nachweisen. Die alarmistische Struktur der Diskussion widerspricht der wissenschaftlichen Seriosität, die vom Umgang mit hochgerechneten Prognosen und Szenarien erwartet werden darf.

Im Anschluss daran setzt sich *Diana Auth* mit der jüngeren Familienpolitik in Deutschland auseinander. Auth rekonstruiert alle aktuellen Daten zum demographischen Wandel, insbesondere die konstant niedrige Geburtenrate und das Phänomen der Kinderlosigkeit – vor allem bei Akademikerinnen. Die Autorin wirft den familienpolitischen AkteurInnen der rot-grünen Bundesregierung und der Großen Koalition einen pronatalistischen Aktionismus vor. Dies begründet Auth mit den Ursachen für Kinderlosigkeit und dem Hinausschieben von Kinderwünschen; beide Aspekte zeigen deutlich, dass die familienfreundlichen Steuerungsversuche vielfach an der sozialen Realität

von Männern und Frauen vorbei zielen und dass die Familienpolitik in erster Linie unter bevölkerungspolitischen und ökonomischen Imperativen betrieben wird. Dabei wird sowohl die generelle Steuerbarkeit von Fertilitätsentscheidungen als zu hoch eingeschätzt als auch die naive Vorstellung kolportiert, Frauen würden der gleichstellungspolitischen Mogelpackung auf den Leim gehen und sich als Mütter und Arbeitskräfte instrumentalisieren lassen.

Der Aufsatz von *Bettina Rainer* schließt den ersten Themen-Block mit einem Blick auf diejenige bevölkerungspolitische Diskussion ab, die lange hegemonial war: der Diskurs zur so genannten Überbevölkerung. Fast scheint es ja so, als hätten die heutigen europäischen Sorgen um den Geburtenrückgang keine Geschichte; Rainer dokumentiert dagegen die aktuellen Bilder und die Historie zur so genannten Bevölkerungsexplosion. Auch hier sind die Bebilderungen dramatisch, hier wird gar der Untergang der Menschheit in einem gleichsam naturhaften Prozess prophezeit. Die Geschichte des Überbevölkerungsdiskurses macht darüber hinaus deutlich, dass schon immer eine scharfe Trennungslinie zwischen jenen, die mehr, und jenen, die keine Kinder gebären sollen, gezogen wurde. Bevölkerungspolitik hat in Geschichte und Gegenwart stets eine doppelte Perspektive: Pronatalismus für die gewollten, Antinatalismus für die ungewollten Kinder, die heute die Kinder der Entwicklungsländer sind.

Während der erste thematische Teil zu den Diskursen vor allem die hoch aufgeladenen Bilder, Metaphern und Rhetoriken kritisch reflektiert, mit denen Bevölkerungspolitik gleichsam kulturell steuern will, konzentriert sich der zweite thematische Block zu den Strategien auf die finanziellen und juristischen Anreize und Sanktionen, mit denen Bevölkerungspolitik gleichsam material steuern möchte. In diesem zweiten Block zu den „Strategien demographischer Steuerung“ diskutiert eingangs *Juliane Roloff* die generelle Frage, ob und inwieweit familienpolitische Maßnahmen einen Einfluss auf das Gebärverhalten haben können. Nach der Darstellung der Geburtenentwicklung und den Ursachen des Geburtenrückgangs entwickelt Roloff zwei Argumentationslinien, die das äußerst begrenzte Steuerungspotenzial familienpolitischer Leistungen zeigen. Zum einen zieht sie Befragungsergebnisse zum Gebärverhalten heran, anhand derer deutlich wird, welche geringe Bedeutung familienpolitische Maßnahmen für die befragten Männer und Frauen bei der konkreten Entscheidung für ein (weiteres) Kind haben. Diesem empirischen Beleg der Unmöglichkeit einer weit reichenden Steuerung der Fertilität folgt der zweite, historische Argumentationsstrang, der nicht weniger überzeugend ist: Anhand der pronatalistischen Familienpolitik der DDR zeigt Roloff die begrenzten, vor allem temporären Effekte familienpolitischer Maßnahmen. Alles in allem zieht Roloff eine bevölkerungspolitisch ernüchternde Bilanz.

Jutta Träger beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit den Auswirkungen familienpolitischer Maßnahmen auf verschiedene Familienmodelle, insbesondere auf das traditionelle Familienernährermodell sowie auf duale, vereinbar-

keitsorientierte Familienmodelle. Dazu zeichnet sie zunächst die Erosion des traditionellen Familiennährermodells nach und beschreibt alternative Familienmodelle. Anhand von Interviews mit Müttern und Vätern zeigt sie einerseits den geringen Stellenwert familienpolitischer Maßnahmen für das Fertilitätsverhalten, andererseits deren wichtige Bedeutung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, also für die Wahl des Familienmodells. Des Weiteren betrachtet Träger die Familienpolitik seit der rot-grünen Regierungszeit und stellt deren Wirkungen auf verschiedene Familienmodelle dar. Im Fazit werden Anforderungen an eine Familienpolitik skizziert, die einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie dient und damit den Übergang zu egalitäreren Familienmodellen fördert.

In dem Beitrag von *Corinna Onnen-Isemann* wird explizit eine europäisch vergleichende Perspektive eingenommen. Die Autorin nimmt die Familienpolitik in Deutschland und Frankreich in den Blick. Dieser Vergleich ist deswegen aufschlussreich, weil es sich um zwei wohlfahrtsstaatlich ähnlich strukturierte Länder handelt, die jedoch familien- und gleichstellungspolitisch erhebliche Differenzen aufweisen. Onnen-Isemann erläutert die beträchtlichen Fertilitätsunterschiede in den beiden Ländern: Während die französische Geburtenrate fast das so genannte Nettoreproduktionsniveau erreicht, stagniert die Rate in Deutschland auf niedrigem Niveau. Onnen-Isemann arbeitet weitere Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Fertilität in den beiden Ländern heraus und kontrastiert diese mit der Familienpolitik in Frankreich einerseits und West- und Ostdeutschland andererseits. Gravierende Länderdifferenzen zeigt sie insbesondere in Bezug auf die Arbeitsmarktpolitik gegenüber Müttern und dem Mutterleitbild. Sie prognostiziert für Deutschland steigende Kinderlosigkeit, instabile Partnerschaften und zunehmende Ehescheidungen, sollte die Vereinbarkeitsproblematik nicht gelöst werden können.

Last not least wirft *Diana Hummel* einen zukunftsorientierten Blick auf Fragen demographischer Steuerung. In den veränderten Formen des Diskurses, der sich von der so genannten Bevölkerungsexplosion zum so genannten demographischen Wandel verschoben hat, zeichnen sich neue thematische Konjunkturen ab, die die Relationen zwischen Bevölkerung, Ökologie und Entwicklung betreffen. Der Ressourcenverbrauch etwa bildet ein gleichsam schillerndes Element, wird er doch zum argumentativen Einsatz gebracht, um beispielsweise Umweltbelastungen zu erklären. In einer sozial-ökologischen Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen stellen sich die Relationen zwischen Bevölkerung, Ökologie und Entwicklung anders dar. Auch hier wird (wie in den 1920er Jahren) für die Analyse eines komplexen Gefüges von häufig disparaten Prozessen und vielfältigen Wechselwirkungen plädiert, um die gegenwärtigen demographischen Fragen angemessen erfassen zu können. Hummel endet mit der These, dass „Bevölkerungsentwicklung an sich ... keinen gesellschaftlichen Eigenwert“ besitzt. Demographische Problemlagen werden nicht durch zu hohe oder zu niedrige Geburtenraten erzeugt, sondern allein durch unangemessene gesellschaftliche Verhältnisse.

Die Grenzen der Bevölkerungspolitik liegen demnach in den Grenzen patriarchaler politischer Verhältnisse und in den Grenzen der Steuerbarkeit eigensinnig gewordener Frauen. Dass diese sowohl mit dramatischen Worten als auch mit finanziellen Anreizen zu ihren reproduktiven Pflichten gerufen werden, können wir derzeit in Deutschland fast täglich beobachten. Dass alarmistische Worte und aktionistisch bereitgestellte Finanzmittel eine „demographische Wende“ einleiten können, ist wenig wahrscheinlich. Die Geschichte der demographischen Frage legt einige Thesen nahe; einige Ergebnisse scheinen sich abzuzeichnen – trotz unserer Steuerungskepsis.

- (1) Der Blick in die Geschichte zeigt, dass die Geburtenziffer extrem krisenanfällig ist. Was wir heute in den meisten osteuropäischen Ländern inklusive Ostdeutschlands beobachten können, gleicht der Situation zur Zeit der Weltwirtschaftskrise oder während der beiden Weltkriege: In politisch und ökonomisch unsicheren Zeiten zögern Männer und Frauen ihre Kinderwünsche hinaus, die Geburtenziffern sinken. Pronatalistische Maßnahmen sind hier nahezu wirkungslos.
- (2) Der historische und auch der internationale Vergleich belegen weiter, dass antinatalistische Bevölkerungspolitiken erfolgreicher zu „steuern“ vermögen als pronatalistische. Sowohl der rassistisch und eugenisch begründete, gewaltsame Antinatalismus der Nationalsozialisten als auch die repressiv durchgesetzten Zwangssterilisationen in Ländern der so genannten Dritten Welt haben entsetzliche Wirkung gezeigt. Dass nur Verbote sicher „gewünschte“ bevölkerungspolitische Resultate bringen – vergleiche Chinas Ein-Kind-Politik –, erkennt man auch daran, dass es bislang in fast keinem Land gelungen ist, die Geburtenziffer durch pronatalistische Familienpolitiken nachhaltig zu steigern. Der Haupteffekt familienpolitischer Steuerungsversuche ist das zeitliche Vorziehen der Realisierung von Kinderwünschen.
- (3) In Bezug auf die deutsche Situation ist die Frage zu stellen, ob nicht das Erbe der DDR und die Erfahrungen mit einem totalitären Regime es erschweren oder gar unmöglich machen, an gleichstellungspolitische „Er rungenschaften“ der DDR, wie die flächendeckende Ausstattung mit Kinderbetreuungseinrichtungen für unter Dreijährige – die im Übrigen in keinem anderen osteuropäischen Land diese Ausmaße angenommen hat – und die Vollzeiterwerbsintegration von Müttern anzuknüpfen. Infolge der sozialistischen Funktionalisierung der Kindergärten und der extremen zeitlichen Überbelastung der Mütter sowie der paternalistisch-patriarchalen Frauenpolitik ist zu vermuten, dass dem vereinten Deutschland ein gleichstellungs- und familienpolitischer Weg à la Frankreich – der hierzulande an die DDR erinnert –, versperrt ist. Dagegen spricht allerdings der derzeitige Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für unter Dreijährige.
- (4) Des Weiteren scheinen Diskurse erfolgreichere Steuerungsmöglichkeiten darzustellen als Strategien und/oder sind deren unverzichtbare Begleiter.

Ohne die Unterstützung durch demographische Diskurse – wer glaubt schon noch daran, dass die Rente sicher ist? – wären die bevölkerungspolitischen Strategien wirkungslos. Erst wenn die Diskurse den Boden bereitet haben, können pro- oder antinatalistische Maßnahmen überhaupt zeigen, ob sie ihr Steuerungspotenzial entfalten können. Um bei dem Rentenbeispiel zu bleiben: Ohne die Bilder kinderloser Großstädte und überfüllter Pflegeheime mit vor sich hin vegetierenden Alten würde die staatlich geförderte private Altersvorsorge vermutlich überhaupt nicht funktionieren. Dies gilt auch für den Überbevölkerungsdiskurs: Ohne das Bedrohungsszenario von der aus den Nähten platzenden Erde mit den Folgen Hunger, Krieg und Umweltzerstörung würden rigide antinatalistische Praktiken, wie gezielte Familienplanung und staatliche Anreiz- oder Verbotsmaßnahmen, weder Durchschlagskraft entwickeln noch allgemeine Zustimmung finden.

- (5) Die Wirkmächtigkeit von Diskursen erkennt man auch deutlich daran, dass zwei polare Diskurse neben- und gleichzeitig gegeneinander ins Feld geführt werden: Überbevölkerungsdiskurs versus Unterbevölkerungsdiskurs. Während bezogen auf die so genannte Dritte Welt behauptet wird, die Bevölkerung wachse unkontrolliert schnell, so wird mit Blick auf viele Industrieländer, insbesondere in Europa und einigen asiatischen Ländern, ein Bevölkerungsschwund heraufbeschworen, den es zu bekämpfen gelte. Die Wechselwirkungen von mehr und weniger Menschen in unterschiedlichen Teilen dieser Erde werden in den beiden Diskursen entweder ausgeblendet oder sie dienen der Untermalung des Horrorszenarios aussterbender Industriestaaten.

Daraus ist zu lernen, dass die Grenzen der Bevölkerungspolitik auch durch diejenige Grenze markiert sind, die solchen machtvollen Diskursen politisch gesetzt werden muss.

Zum guten Schluss möchten wir uns sehr gerne bedanken.

Dieser Band geht auf eine Tagung an der Justus-Liebig-Universität Gießen im Oktober 2005 zurück. Unter der Überschrift „Strategien und Diskurse demographischer Steuerung – Wie wirksam ist Bevölkerungspolitik?“ diskutierten wir in zwei Panels mit vier unserer in dieser Edition versammelten Autorinnen über das gesamte Themenfeld. Für die äußerst anregenden Debatten auf den beiden Podien und mit allen Anwesenden bedanken wir uns herzlich; wir haben viel über Bevölkerungspolitik gelernt.

Danken möchten wir auch jenen Autorinnen, die wir zusätzlich gewinnen konnten und die das Bild der diskussionswürdigen demographischen Diskurse und Strategien historisch und aktuell abrunden.

Ohne die Unterstützung unserer Kolleginnen der Arbeitsstelle Gender Studies der Justus-Liebig-Universität hätten wir die organisatorische Arbeit nicht bewältigen können: Vielen lieben Dank an Sabine Mehlmann, Lea Rosenberg und Marta Krajinovic. Zu danken haben wir auch unserer studenteni-

schen Hilfskraft Astrid Schübler für ihr Engagement vor und während der Tagung.

Last not least geht unser ganz besonders herzlicher Dank an Margret Krannich, Geschäftsführerin der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen. Mit Margret Krannich haben wir die Tagung inhaltlich entwickelt und konzipiert, wir haben auch einen großen Berg organisatorischer Arbeit abgenommen bekommen. Die Heinrich-Böll-Stiftung Hessen hat zudem die gesamte Finanzierung übernommen. Ein dreifaches Dankeschön!

Gießen, im Juli 2006

Diskurse demographischer Steuerung

Geburtenrückgangstheorien „um 1930“ in Deutschland¹

„Ein Gespenst geht um in Europa. Der Geburtenrückgang hält die Gemüter der Volkswirte, Politiker und Ärzte in seinem Bann. Ahnungsvolle Schwarzseher verkünden in allen Tonarten den ‚Untergang des Abendlandes‘ als Folge des Aussterbens der Kulturvölker. Unsere Menschheit in Westeuropa sei alt geworden, unfähig zur Verjüngung und Erneuerung. Der Völkertod sei naturgesetzlich ...“ (Kautsky 1924: 1).

1. Wiederkehr eines Gespenstes

Das „Gespenst des Geburtenrückgangs“, das Karl Kautsky jr. (1892-1987) 1924 an den Pranger stellte, meldet sich heute – mehr als 80 Jahre nach dem Mahnruf – in Deutschland medienwirksam wieder zu Wort. Heute, wo der Geburtenrückgang die weltweiten demographischen Entwicklungen, wenn auch mit starken regionalen Differenzen, prägt,² ernten besorgte deutsche PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen mit dem Hinweis auf den vorgebliebenen weltweiten „Minimum-Rekord“ Deutschlands in punkto Geburtenrate Schrecken (so Kröhnert u.a. 2005; Kröhnert u.a. 2006). Während feuilletonistische Kirmmacher mit düsteren Prognosen die deutsche Öffentlichkeit an alte Werte erinnern, kommentiert man in Großbritannien das „Aussterben der Deutschen“ ironisch: „Warum nicht 100 Jahre früher?“ – „Warum haben sie (die Deutschen; U.F.) uns so lange warten lassen? ...“ (die tageszeitung, 15.04.06).

1 Diese Fallstudie, eine erweiterte Fassung von Ferdinand 2003, entstand im Rahmen des DFG-Sonderforschungsprogramms 1106 „Das ‚Konstrukt‘ Bevölkerung vor, im und nach dem ‚Dritten Reich‘“. Ich danke den MitarbeiterInnen unserer Arbeitsgruppe – Rainer Mackensen, Heike Görzig, Michael Engberding, Sumi Jessien, Julia Prausa – sowie Christoph Wichtmann, Gabriele Zdunek und den Herausgeberinnen dieses Bandes für die Unterstützung und die konstruktive Kritik.

2 Vgl. Proceeding of the International Conference „Trends and Problems of the World Population in the XXI Century. 50 years since Rome 1954.“

Das heute durchaus berechtigt mit Ironie bedachte deutsche Erschrecken ist nicht neu. Unruhe durchfuhr bereits in den 1920er Jahren manche deutsche PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen aufgrund statistischer Daten, dass Deutschland innerhalb der 22 europäischen Länder

„nach der ehelichen Fruchtbarkeit bereits an 21. Stelle, nach der Geburtenzahl an 17. Stelle hinter Frankreich (steht). Polen und Italien hatten in den letzten Jahren absolut schon einen erheblich größeren Geburtenüberschuss als Deutschland!“ (Eulenburg 1932: 69).

Auch damals wurde öffentlichkeitswirksam mit dem „Gespenst des Geburtenrückgangs“ vor dem Untergang des Abendlandes oder dem Völkertod und prospektiv vor „einem allgemeinen Bevölkerungsschwund“ Europas in 100 Jahren gewarnt (Harmsen 1927: 185). Solch statistisch-weltanschaulich Verwebtes trug für Kautsky jr. und manchen seiner Gleichgesinnten das Gewand einer kapitalistisch-imperialistischen Geburtenpolitik. Eben dem verweigerte sich der Frauenarzt und Sozialdemokrat Kautsky jr. mit der – gewiss aus heutiger Sicht – simplifizierenden Hoffnung auf eine neue Gesellschaft. In dieser meinte er, kann mit einer sozialistischen Geburtenpolitik, einer auf Fürsorge begründeten Menschenökonomie, die „jeden Schritt des Lebens“ behütet, eine prosperierende Zukunft gestaltet werden (Kautsky 1924: 31f.).

Doch selbst in den 1920er Jahren war das „Gespenst Geburtenrückgang“ keineswegs neu. Seit dem 19. Jahrhundert hatte es sich von Frankreich aus in verschiedensten Kleidern den Weg in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit der westlichen Welt gebahnt und suchte dem bis dahin vorherrschenden Malthus'schen „Übevölkerungsgespenst“ den Platz streitig zu machen. Mit dem Geburtenrückgang avancierte dann im 20. Jahrhundert die differentielle Fruchtbarkeit – soziale Unterschiede der Fruchtbarkeit zwischen armer und reicher, städtischer und ländlicher Bevölkerung, zwischen den Klassen, Schichten, Berufsgruppen, Völkern oder „Rassen“ – zum konstituierenden Element der bevölkerungstheoretischen Konzeptionen und zum Gegenstand bevölkerungswissenschaftlicher Analysen (vgl. hierzu Marschalck 1984: 53ff. und 1992: 21f., 25; Cromm 1998: 230ff.).

Im fächerübergreifenden Kanon – Rassenhygiene, Medizin/Sozialhygiene, (Sozial-)Anthropologie, Statistik, Nationalökonomie/Sozialwissenschaften etc. – wurde nach Erklärungen der Ursachen des neuzeitlichen demographischen Phänomens gesucht. Darunter fand sich auch manches Kuriosum: So glaubte der „deutsch-chilenische Förderer deutscher Wissenschaft“ Juan Winkelhagen aus der Beobachtung, dass in Ländern mit hoher Geburtenziffer das Fahrrad selten zu finden, in Ländern mit niedriger Geburtenziffer hingegen ein weit verbreitetes Verkehrsmittel war, schlüssig den negativen Einfluss des Radfahrens auf die Bevölkerungsvermehrung nachweisen zu können (vgl. Stürzbecher 1954: 11). Allgemein aber bereicherte die o.g. Suche das „Denken über die Bevölkerung“ mit einer Vielzahl von Geburtenrückgangstheorien, die neben biologischen, eugenischen und physiologischen, auch soziologisch/psychologische Ursachen – wachsender Wohlstand, Verbreitung